

Beschlußempfehlung und Bericht

des Finanzausschusses (7. Ausschuß)

**zu dem Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Christa Luft, Dr. Gregor Gysi
und der Gruppe der PDS
– Drucksache 13/1737 –**

**Entwurf eines Gesetzes zur teilweisen Erstattung des bei der Währungsunion 1990
2:1 reduzierten Betrages vorerst für ältere Bürgerinnen und Bürger
sowie Alleinerziehende**

A. Problem

Durch den Gesetzentwurf soll in Form einer Übergangslösung eine Kompensation der bei der Währungsumstellung mit 2:1 reduzierten Umtauschbeträge bei Sparguthaben bis 20 000 Mark der DDR vorgesehen werden, zunächst für ältere Bürgerinnen und Bürger sowie Alleinerziehende. Die entstehenden Kosten von rd. 8,2 Mrd. DM sollen aus Verkäufen gewerblicher Objekte der Treuhand-Liegenschaftsgesellschaft finanziert werden.

B. Lösung

Ablehnung des Gesetzentwurfs.

Große Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf – Drucksache 13/1737 – abzulehnen.

Bonn, den 31. Januar 1996

Der Finanzausschuß

Dr. Karl H. Fell

Amtierender Vorsitzender

Reiner Krziskewitz

Berichterstatler

Bericht des Abgeordneten Reiner Krziskewitz

I. Verfahrensablauf

Der Gesetzentwurf – Drucksache 13/1737 – ist dem Finanzausschuß in der 61. Sitzung des Deutschen Bundestages am 12. Oktober 1995 zur federführenden Beratung sowie dem Rechtsausschuß, dem Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung sowie dem Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen worden. Der Haushaltsausschuß hat die Vorlage am 26. Oktober 1995 beraten, der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung in seiner Sitzung am 22. November 1995. Der Rechtsausschuß hat sich am 17. Januar 1996 mit der Vorlage befaßt. Der federführende Finanzausschuß hat die Vorlage am 31. Januar 1996 behandelt.

II. Inhalt der Vorlage

Der Gesetzentwurf sieht eine Erstattung des bei der Währungsumstellung 2:1 reduzierten Betrages bei Sparguthaben in Form einer Stufenregelung vor, zunächst für die Geburtsjahrgänge 1925 und davor sowie für Alleinerziehende. Im Jahr 1996 soll eine Regelung für Bürgerinnen und Bürger erfolgen, die 1937 und später geboren sind. Die Finanzierung der Erstattungen soll aus den Erlösen der Verkäufe gewerblicher Objekte der Treuhand-Liegenschaftsgesellschaft erfolgen.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der Haushaltsausschuß hat mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Abwesenheit der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie der Gruppe der PDS empfohlen, die Vorlage abzulehnen. Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und SPD gegen die Stimmen der Mitglieder der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Gesetzentwurfs empfohlen. Der Rechtsausschuß hat mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der Gruppe der PDS bei Abwesenheit der Fraktion der F.D.P. die Ablehnung des Gesetzentwurfs empfohlen.

IV. Ausschlußempfehlung

Bei der Beratung des Gesetzentwurfs im federführenden Finanzausschuß hat die Gruppe der PDS die Auffassung vertreten, bei den älteren Bürgerinnen und Bürgern sowie Alleinerziehenden in den neuen Bundesländern handele es sich um durch die deutsch-deutsche Währungsunion 1990 besonders benachteiligte Gruppen der Bevölkerung. Diesen Bürgerinnen und Bürgern könne keine unbegrenzte Wartezeit bis zu einer endgültigen gesetzlichen Lösung zugemutet werden, die im Einigungsvertrag vorgesehen sei.

Die Koalitionsfraktionen dagegen führten aus, das Anliegen der Unterstützung älterer Bürgerinnen und Bürger sowie Alleinerziehender sei zwar grundsätzlich zu befürworten, es bestünden jedoch keine Möglichkeiten zur Finanzierung der vorgeschlagenen

Maßnahmen. Die Erlöse von Verkäufen gewerblicher Objekte der Treuhand-Liegenschaftsgesellschaft würden bereits für den Entschädigungsfonds bzw. den Erblastentilgungsfonds verwendet und stünden daher für andere Zwecke nicht zur Verfügung.

Der Gesetzentwurf wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der SPD gegen die Stimme der Gruppe der PDS bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Bonn, den 31. Januar 1996

Reiner Krziskewitz

Berichterstatler

